OCT 6 1936 LIBRARY

Vormittags-Ausgabe.
Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

Alle Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.

3. Jahrg. 1936	Berlin, Dienstag, 6. Oktober	Nr. 1306

Ministerpräsident Gömbös †.

München, 6. Oktober. Ministerpräsident Gömbös ist am Dienstag vormittag um 8,20 Uhr im Kurhaus Neu-Wittelsbach verschieden.

Von Hassel bei Mussolini und Graf Ciano.

Rom, 5. Oktober. Der deutsche Botschafter von Hassell wurde nach seiner Rückkehr vom Urlaub am Sonnabend vom italienischen Außenminister Graf Ciano und am Montag vom italienischen Regierungschef zu einer Aussprache über die politische Lage empfangen.

Neuer italienischer Botschafter für London.

Rom, 5. Oktober. Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, soll der bisherige italienische Botschafter in London, Grandi, mit Rücksicht auf seine angegriffene Gesundheit zum Gouverneur von Rhodos ernannt werden. Als sein Nachfolger wird der vorläufig für Buenos Aires bestimmt gewesene Botschafter Guariglia genannt, der seinerseits durch den früheren italienischen Gesandten in Budapest Don Ascanio Colonna ersetzt werden soll.

Die österreichisch-italienischen Handelsbeziehungen.

Wien, 6. Oktober. Die österreichische Regierung wurde, wie amtlich mitgeteilt wird, ebenso wie die ungarische, von der italienischen Regierung verständigt, daß die Handelsbeziehungen zwischen den Staaten der römischen Protokolle trotz der Kreditwertung unverändert aufrechterhalten und noch gesteigert werden sollen.

Dazu gibt der Staatssekretär für Aeußeres, Dr. Schmidt, durch die Amtliche Nachrichtenstelle eine Erklärung ab, in der festgestellt wird, daß die feierliche Erklärung der italienischen Regierung von größter Bedeutung sei. Schon in den nächsten Tagen würden Verhandlungen mit der italienischen Regierung aufgenommen werden, um die Bedingungen des künftigen Handelsverkehrs festzulegen.

Auch die Wiener Zusammenkunft der Außenminister der Staaten der römischen Protokolle, die Anfang November stattfinden wird, gewinnt angesichts dieser Sachlage eine ganz besondere Bedeutung.

Englischer marxistischer Journalist in Wien verhaftet.

Wien, 5. Oktober. In Wien wurde der englische marxistische Journalist Geoffrey verhaftet.

Die Londoner Sonntagsunruhen von Juden inszeniert.

London, 5. Oktober. Vor vier verschiedenen Polizeigerichtshöfen fanden am Montag die Londoner Sonntagsunruhen ein gerichtliches Nachspiel.

Bei den Verhandlungen kamen die meisten Angeklagten mit Geldstrafen, die zwischen 2 und 40 Schilling schwankten, davon. Eine Blütenlese der Namen gibt Aufschluß über den Kreis, aus dem sich die Täter zusammensetzten.

Vor dem City-Gericht mußte sich u. a. der Jude Moritz Goldstein verantworten, der bei dem Versuch, zwei Faschisten die Armbinden abzureißen, verhaftet worden war. Mit jüdischer Unverschämtheit versuchte sich Goldstein durch die Behauptung herauszureden, die beiden Faschisten seien Deutsche gewesen; er habe ihnen ihre Armbinden abnehmen wollen, um sie vor weiteren Behelligungen zu schützen. Nach Zahlung einer Geldstrafe von 10 Schilling konnte Goldstein das Gebäude verlassen.

Eine Strafe in gleicher Höhe zahlte der Jude Lionel Churtsian wegen beleidigender Aeußerungen.

Sam Jacobs wurde belangt, weil er die Menge zu einem Angriff auf die Polizei aufzuputschen versucht hatte.

Aehnlich lautete die Anklage gegen seinen Bruder Jacob Jacobs.

Dagegen glückte es dem Juden Moischir Ben Aroan, einen Freispruch zu erzielen.

Samuel Rose mußte sich gegen die Anklage verteidigen, im Besitz von Angriffswaffen gewesen zu sein. Von Markowitsch hatte Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet. Die meisten übrigen Angeklagten waren englische Marxisten.

Die Unruhen werden im übrigen in politischen Kreisen und von der Presse lebhaft erörtert.

Während die Linksparteien und ihre Pressorgane der Regierung nahelegen, uniformierte Kundgebungen der Faschisten in Zukunft zu verbieten, wird von den der Regierung nahestehenden Kreisen betont, daß das Recht der Redefreiheit und Kundgebungsfreiheit unter allen Umständen aufrechterhalten werden müsse. Die Faschisten seien daher vollkommen berechtigt gewesen, einen Kundgebungsfeldzug zu veranstalten. Andererseits wird das Vorgehen des Polizeikommissars Sir Philip Game gebilligt, der bekanntlich die Fortsetzung des faschistischen Marsches verbot, als er feststellte, daß sich die Kommunisten und Juden im Ostende zu Straßenkämpfen rüsteten.

Preß Association meldet, daß die Regierung möglicherweise gewisse Einschränkungen für öffentliche Kundgebungen beschließen werde, um eine Wiederholung der Unruhen vom Sonntag zu vermeiden. Zu diesem Zweck müßten jedoch dem Parlament neue Gesetzesmaßnahmen vorgelegt werden. Auf jeden Fall halte man es für unmöglich, faschistische Kundgebungen in irgendeinem Teil Londons oder Englands einfach zu verbieten, weil dies einer Einteilung Englands in politische Zonen gleichkommen würde.

Englands Faschisten verstärken die Propaganda.

London, 5. Oktober. Der Londoner Polizeichef Sir Philip Game erstattete am Montag im Innenministerium einen ausführlichen Bericht über die Unruhen vom Sonntag.

In einer Mitteilung an die Presse erklärt die „British Union of Fascists", daß die am Sonntag beschlossen habe, ihre Demonstrationszüge im Ostende trotz des Verbots durchzuführen. Sämtliche bereits vorher geplanten Versammlungen würden mit einem Zusatzprogramm durchgeführt.

Ein „Hungermarsch" nach London.

London, 5. Oktober. Von Jarrow, der nordenglischen Industriestadt am Tyne-Fluß aus, setzten sich am Montag über 200 Arbeitslose zu einem Hungermarsch nach London in Bewegung. Ihre Stadträte werden den Zug bis nach London begleiten, das man Anfang November erreichen will. Sie werden die Regierung in einer von 12 000 Personen unterzeichneten Bittschrift um Hilfsmaßnahmen für Jarrow, wo zurzeit über 50 v. H. der Bevölkerung arbeitslos sind, ersuchen.

Jahrestagung der englischen Arbeiterpartei.

London, 5. Oktober. Die Jahrestagung der englischen Arbeiterpartei wurde am Montag in Edinburgh in Anwesenheit von etwa 700 Personen eröffnet. Der Versammlung wurde sofort eine Dringlichkeitsentschließung vorgelegt, die die Schuld an den Ereignissen am Sonntag den Faschisten zuschiebt und von der Regierung ein Verbot des Tragens politischer Uniformen verlangt. Diese Entschließung wurde angenommen, nachdem der Vorsitzende des Londoner Stadtrats und Unterhausmitglied Herbert **Morrison** in einer längeren Rede den Innenminister der Schwäche und Feigheit beschuldigt und die britische Schwarzhemdenbewegung verdächtigt hatte, von fremden Regierungen oder fremden politischen Organisationen Geldmittel zu erhalten.

Im Verlauf des Tages wurde mit großer Mehrheit ein Dringlichkeitsantrag angenommen, der sich in der spanischen Frage für die Politik des Nationalen Arbeiterrates d. h. also für eine Politik der Nichteinmischung aussprach. Für den Antrag wurden 1 886 000 und gegen ihn 519 000 Stimmen abgegeben. Die Annahme der Entschließung bedeutet, daß die Arbeiterpartei gemeinsam mit dem Gewerkschaftskongreß sich im Augenblick für die Nichteinmischungspolitik ausspricht.

Vor dieser Abstimmung nahm der Führer der Arbeiterpartei, Major **Attlee**, zur Nichteinmischungspolitik Stellung, über die bekanntlich in den Reihen der Partei große Uneinigkeit herrscht. Er erklärte, der Nationale Arbeiterrat sei niemals von der Annahme ausgegangen, daß die spanische Regierung nicht jedes Recht auf Einfuhr von Waffen habe.

Der Abgeordnete **Baker** erklärte, die britische Regierung müsse, wenn sie sich überzeugt habe, daß der Nichteinmischungspakt verletzt worden sei, das Ausfuhrverbot auf eigene Verantwortung aufheben. Eine solche Politik würde sehr schnell ein Ende des Krieges in Spanien herbeiführen. Aehnlich äußerte sich der Unterhausabgeordnete **Greenwood**.

Im Laufe der Sitzung wurde bekannt, daß die britische Arbeiterbewegung 16 000 Pfund für die spanischen Marxisten aufgebracht hat. Es wurde jedoch bestritten, daß diese Gelder für den Kauf von Waffen verwendet worden seien.

Akademische Abrüstungsgebete in Genf.

Genf, 5. Oktober. Die Dritte Kommission der Völkerbundsversammlung hat am Montag nachmittag die Vorschläge für eine beschränkte Wiederaufnahme der Abrüstungsarbeit entgegengenommen. Die Vertreter der skandinavischen Staaten, Hollands und Belgiens sprachen sich für das bereits von dem Norweger entwickelte Programm aus, nach dem die Offenlegung der Rüstungsausgaben, die Kontrolle des Waffenhandels und der Waffenherstellung und die ständige Abrüstungskommission Gegenstand der kommenden Beratungen des Präsidiums des Abrüstungskonferenz sein sollen.

Paul-Boncour behauptete, daß die französische Initiative in dieser Richtung nicht in Widerspruch stehe zu der Heeresverstärkung, die Frankreich vorgenommen habe, um der Friedenspolitik zu dienen, d. h. um die Verpflichtungen erfüllen zu können, die Frankreich als Mitglied des Völkerbundsstaates und den in ihrem Rahmen und Geist abgeschlossenen Verträgen ergeben. Auch stellte er sich auf den Standpunkt, daß es weder der Ort noch der Augenblick sei, ein umfassendes Programm zu entwickeln.

Der chinesische Delegierte **Wellington Koo** hob das Interesse seines Landes an Abrüstungsgedanken hervor und schloß sich hinsichtlich der Einzelheiten seinen Vorrednern an.

Im Namen der englischen Regierung erklärte Malcolm J. **MacDonald**, der Völkerbund müsse die Abrüstung im Auge behalten. Die britische Regierung habe jahrelang jede Art von Rüstungsverstärkung unterlassen, sodaß noch auf das Gelingen der Abrüstungsbemühungen gerechnet werden konnte. Auch jetzt rüste sie nicht, weil sie Angriffsabsichten gegen irgendein Land hege, sondern nur, um die Sicherheit des Weltreiches zu gewährleisten und seine internationalen Verpflichtungen erfüllen zu können. Sie werde die Rüstungen einstellen, wenn und sobald eine internationale Vereinbarung zustandegekommen sei, die nach wie vor ein Ziel der englischen Politik bilde.

Auch MacDonald sprach sich für ein auf wenige erreichbare Punkte beschränktes Programm aus. Er glaube, dies würde nicht mit einem Mal erreicht. Man solle zunächst nur das Abkommen über die Offenlegung der Rüstungsausgaben in Angriff nehmen. Wenn man sich hierüber einige, sei die Zeit gekommen, den Waffenhandel und die Waffenfabrikation zu prüfen. Ein solches Vorgehen würde es gleichfalls zweckmäßig sein, nur solche Bestimmungen anzustreben, auf die sich alle Länder einigen könnten, anstatt ein anspruchsvolles Kontrollsystem, das keine Aussicht auf Verwirklichung habe, zu entwerfen. Was die Flottenabrüstung betreffe, so stehe die englische Regierung mit verschiedenen Staaten in Verhandlungen über den Beitritt zu dem Londoner Flottenabkommen.

Litwinow erklärte, er habe seinen im Laufe der Jahre abgegebenen zahlreichen Erklärungen vor der Abrüstungskonferenz und dem Völkerbund nichts hinzuzufügen. Die Schwierigkeiten hätten nicht ab- sondern zugenommen. Die französische Initiative sei zu begrüßen. Hoffentlich würden aber andere wichtige Arbeiten des Völkerbundes — eine Anspielung auf die Paktreform — darüber nicht vernachlässigt, und hoffentlich müßten die Länder ihre Waffen nicht benutzen, ehe man zur Abrüstung komme.

Der Vertreter des Iran protestierte gegen die etwa beabsichtigte Wiederverwendung des Waffenhandelsabkommens vom Jahre 1925, dem sein Land nicht beitreten könne.

Damit war die Aussprache abgeschlossen. Der Vorsitzende wird dem Ausschuß in den nächsten Tagen den Entwurf einer Entschließung vorlegen, die an den Völkerbundsrat weitergeleitet werden soll.

Britischer Ministerrat.

Bärsham, 5. Oktober. Unter Vorsitz des Ministerpräsidenten General Stanley Baldwin fand heute ein Ministerrat einstimmig die bereits vorher von den zuständigen wirtschaftlichen Ressorts zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß im Zusammenhange mit der gegenwärtigen Lage auf dem internationalen Geldmarkt für die polnische Regierung keine Notwendigkeit und kein Grund zur Aenderung der bisherigen Valutapolitik bestehe.

Die Abwertung der Tschechen-Krone.

Prag, 5. Oktober. Der Wirtschaftsausschuß der Prager Regierung hat am Montag eine Sitzung abgehalten. Wie die halbamtliche „Prager Presse" mitteilt, konnte der Ausschuß erst spät am Nachmittag zusammentreten, weil vorher neue Beratungen der einzelnen Mehrheitsparteien über den Inhalt der den Parteien vorzulegenden Gesetzentwürfe über die Abwertung der Tschechen-Krone stattfanden. Infolgedessen konnte auch der Ministerrat, der über den Entwurf Beschluß fassen soll, nicht mehr für den 5. Oktober einberufen werden. Er wird voraussichtlich im Laufe des Dienstag zusammentreten.

Wie aus unterrichteten politischen Kreisen verlautet, haben die Nachrichten über die Abwertung der Lira und über eine Abwertung des Schilling die Verzögerung verursacht. Namentlich die tschechischen Sozialdemokraten befürchten, daß durch die italienische Maßnahme der Zweck der Abwertung der Tschechen-Krone, nämlich für billige Waren einen größeren Absatz zu finden, unmöglich werden könnte. Sie verlangen daher entschieden eine viel höhere als die ursprünglich in Aussicht genommene Abwertung der Tschechen-Krone. Infolgedessen müssen die Unterlagen, die zu dem früheren grundsätzlichen Beschluß einer Abwertung um 16 v. H. geführt haben, neu überprüft werden. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß noch weitergehende Entscheidungen getroffen werden.

Pariser Ministerbesprechung wegen Sonntagskundgebung.

Paris, 5. Oktober. In Verfolg der Kundgebungen vom Sonntag hat im Ministerpräsidium eine Besprechung zwischen Ministerpräsident Léon Blum, dem Justizminister, dem Innenminister und dem Polizeipräfekten stattgefunden, an der auch mehrere hohe Justizbeamte teilnahmen.

Eine Rechtfertigung des französischen Innenministeriums.

Paris, 6. Oktober. Das Innenministerium veröffentlicht eine längere Erklärung, durch die es seine Haltung gegenüber den Kundgebungen vom Sonntag zu rechtfertigen sucht. Es sei unrichtig, heißt es darin, der Regierung vorzuwerfen, daß sie mit zweierlei Maß messe. Der Ausmarsch der Partei de la Roques habe ausgesprochen militärischen Charakter gehabt und sei von Drohungen begleitet gewesen, die die Regierung nicht hätte unbeachtet lassen können. Unter den gegenwärtigen Umständen müsse die Regierung sich an die gesamte öffentliche Meinung wenden. Die Belange des Landes stünden auf dem Spiel. Die Frage der Währungsangleichung und der wirtschaftlichen Wiederankurbelung, von deren Gelingen der allgemeine Wohlstand abhänge, könne nur Erfolg haben in einer Atmosphäre der Ruhe und Ordnung. Die Ordnung aber hänge von der Regierung ab.

Die Regierung sei deshalb entschlossen, alles zu tun, um jede Möglichkeit von Unruhen zu verhindern und den normalen friedlichen Ablauf des öffentlichen Lebens zu sichern. Deshalb sei sie bis auf weiteres entschlossen, in Paris und Umgebung keine Kundgebungen und Versammlungen mehr zu dulden, die geeignet wären, irgendwelche Handlungen oder Gegenhandlungen zu erzeugen, durch die die öffentliche Ordnung erschüttert werden könnte.

Kurzer Urlaub Blums.

Paris, 6. Oktober. Ministerpräsident Léon Blum empfing am Montag abend den französischen Botschafter in Berlin, François-Poncet.

Wie weiter mitgeteilt wird, ist der Ministerpräsident aus Paris abgereist, um einige Tage in Urlaub zu gehen.

Rotes „Volksgericht" in Barcelona fällt Todesurteile.

Paris, 6. Oktober. Das Volksgericht an Bord des im Hafen von Barcelona liegenden Dampfers „Uruguan" hat einen Obersten, einen Oberstleutnant und einen Unterleutnant der Feuerwehr von Barcelona wegen „Teilnahme an der Militärbewegung" zum Tode verurteilt. Ein Hauptmann und ein Leutnant erhielten 20 Jahre Gefängnis.

Spanisches Gold nach Sowjetrußland verfrachtet.

Paris, 6. Oktober. Der Sender Sevilla teilt mit, daß die Madrider Regierung Gold im Werte von mehreren Millionen Mark nach Sowjetrußland verfrachtet habe.

Das Pariser Blatt Le Jour will zu der Goldverschiffung folgende Einzelheiten erfahren haben:

Die Goldbarren seien in Cartagena an Bord eines sowjetrussischen Dampfers geschafft worden. Der sowjetrussische Botschafter in Madrid, Rosenberg, habe, was höchst eigenartig sei, persönlich die Verladung geleitet. Der Sowjetdampfer werde, so erkläre man, noch in Cartagena liegen bleiben, um neue Passagiere an Bord zu nehmen. Sobald die Lage in Madrid unhaltbar werde, würden die Regierungsmitglieder auf dem Dampfer Zuflucht finden.

Mehrere hundert Mädchen in Malaga geraubt.

Sevilla, 6. Oktober. Nach hier vorliegenden Nachrichten sollen mehrere hundert Töchter bekannter alteingesessener Familien in Malaga von roten Horden geraubt und auf Schiffen in das Frontgebiet geschleppt worden sein. Sie sollen den Roten Milizen ausgeliefert worden.

90 v. H. der amerikanischen Arbeiter stimmen für Roosevelt.

New York, 6. Oktober. Der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes, William Green, der am Montag in Hyde-Park von Präsident Roosevelt zu einem Frühstück geladen war, erklärte seinem Gastgeber, 90 v. H. der Arbeiterschaft des ganzen Landes würden für Roosevelt stimmen. Die Gesamtzahl der Arbeiterstimmen dürfte etwa 8 Millionen betragen.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.